

ACTION PLAN

Polnischer Sozialrat e.V. Berlin





INHALTSÜBERSICHT

MISSION	04
KAPITEL 01: ANALYSE	07
1.1. Structurel	09
1.2. Gesellschaftlich	12
KAPITEL 02: AKTIONEN und ZIELE	14
2.1. Erstes Ziel: Etablierung eines Raums für den Dialog mit den Ost-EU-Gemeinschaften	17
2.2. Zweites Ziel: Abbau von strukturellen Hürden	19
2.3. Drittes Ziel: Individueller Empowerment	21



KAPITEL 03: UMSETZUNG

..... 24

KAPITEL 04: BIBLIOGRAPHIE

..... 29

Die Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit, die 1992 im Vertrag von Maastricht verankert wurden, sind nach wie vor die Grundpfeiler der Europäischen Union. Für viele EU-Bürger sind sie auch zu der Grundlage ihrer persönlichen Identität geworden.

Gleichzeitig, als sich die geopolitische Lage in eine - oft unerwartete - Richtung entwickelte, wurde die Diskussion über Asylbewerber und die Migration von außerhalb der EU im Allgemeinen schnell zum heißesten Thema in der öffentlichen Debatte der 27 europäischen Staaten. Nachdem guter Wille und Idealismus mit Sorgen um die innere Sicherheit kollidierten, scheint es nun, dass die künftige europäische Migrationspolitik von ganz anderen Grundsätzen geleitet wird als die bisherige.

Nichtsdestotrotz: Die Zuwanderung von außerhalb der Union wird und kann aus verschiedenen Gründen nicht aufhören, und auch die Migrationsströme innerhalb der Union werden bestehen bleiben. Nicht nur wegen des geltenden Rechts auf Freizügigkeit, sondern auch, weil eine Welt ohne sie vor allem für die jüngeren Europäer mittlerweile schwer vorstellbar wäre.

Die meisten Menschen, die heute in der EU leben, haben auf die eine oder andere Weise von dieser Freizügigkeit profitiert: durch touristische Ausflüge in andere Mitgliedstaaten oder die Erasmus-Austauschprogramme. Das wichtigste Recht, das sich daraus ergibt, ist jedoch die Möglichkeit, frei zu wählen, wo man in Europa arbeiten und leben möchte.

Trotzdem offenbart ein genauerer Blick auf die aktuelle Situation eine Reihe von Unzulänglichkeiten zwischen der ehrgeizigen EU-Gesetzgebung und der alltäglichen und komplexen Realität in den verschiedenen Aufnahmestaaten. Eine Person aus Italien kann jederzeit nach Schweden kommen - aber wird sie dort die gleichen Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden, wie die schwedischen Staatsbürger? Menschen aus Griechenland können nach Frankreich kommen und werden vielleicht keine Probleme haben, Arbeit zu finden, aber werden sie auch problemlos eine Wohnung bekommen, in der sie tatsächlich leben möchten? In Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, leben und arbeiten bereits 142,5 Tausend Menschen aus den östlichen EU-Ländern. Aber werden sie jemals vollwertige und aktive Mitglieder der hiesigen Gesellschaft werden?

Die Antwort auf alle drei Fragen sollte selbst für diejenigen offensichtlich sein, die sich nie mit Migration oder dem Migrationsrecht selbst beschäftigt haben, und lautet: nein, das werden sie nicht. Trotz großer Fortschritte in dieser Hinsicht bleibt zu viel vom Ideal der Freizügigkeit nur eine Theorie.

Menschen, die von einem europäischen Staat in einen anderen ziehen, sind immer noch mit (Mikro-)Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Immobilienmarkt konfrontiert, werden weitgehend von staatlich finanzierten Hilfsdiensten ausgeschlossen und brauchen Generationen um sich vollständig in diese zu integrieren. All dies sollte nicht der Fall sein und macht deutlich, wieviel Arbeit noch zu leisten ist, bevor die bedingungslose Freizügigkeit tatsächlich Realität wird.

Damit soll nicht gesagt werden, dass (Ost-)Europäer die am meisten diskriminierten Migrant:innen in Deutschland sind - das sind sie natürlich nicht. Doch viele Probleme, mit denen sich innereuropäische Migrant:innen konfrontiert sehen, sind die gleichen wie diese, mit denen auch Migrant:innen von außerhalb der Union konfrontiert sind. Indem wir dafür sorgen, dass die EU-Gesetze zur Freizügigkeit ihrer Bürger tatsächlich funktionieren, und die strukturellen Hindernisse für die vergleichsweise erfolgreichen Migrant:innengemeinschaften abbauen, schaffen wir eine bessere Realität auch für alle anderen.

Die Art und Weise, wie in den kommenden Jahren mit dem Thema Migration umgegangen wird, ist vielleicht die größte Herausforderung, der sich die Europäische Union stellen muss.

Doch bisher sind die Menschen, die von einem EU-Staat in einen anderen ziehen, in der Diskussion um dieses Thema fast völlig ausgeklammert worden. Das kommt von der richtigen und lobenswerten Grundhaltung, sich zuerst um die Bedürftigsten zu kümmern; Menschen, die mit europäischer Staatsbürgerschaft geboren wurden, sind vielleicht schon privilegiert genug. Mit dem vorliegenden Konzept schlagen wir jedoch vor, diese Haltung umzudrehen. Die Freizügigkeit ist einer der Grundpfeiler der Europäischen Union, und es gibt immer noch Gesetze und Richtlinien auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene, die noch nicht vollständig umgesetzt sind.

ANALYSE

Im Rahmen des von Erasmus+ geförderten Projekts "Includate - Education for Inclusion" haben wir - der Polnische Sozialrat e.V.(PSR) - uns mit zwei weiteren, in Berlin ansässigen Vereinen von Osteuropäern zusammengeschlossen: Freie Ungarische Botschaft und (rumänische) Diaspora Civica Berlin. In unseren persönlichen und beruflichen Geschichten konnten wir schnell gemeinsame Nenner finden. Obwohl vermeintlich "gut integriert", hatten wir bei unseren Bemühungen in Deutschland zurechtzukommen, alle oft das Gefühl an unsichtbare Mauern und Decken zu stoßen.

Der Klarheit halber haben wir die Hindernisse, mit denen die Ost-EU-Gemeinschaften konfrontiert sind, in zwei Hauptkategorien eingeteilt: strukturell und gesellschaftlich.

1. STRUCTURELL

Nichts ist einfach, wenn es um die deutsche Bürokratie geht: Was in Polen oder Rumänien nur eine Telefonnummer oder eine Handy-App erfordert, ist im reichsten Land Europas oft ein riesiges Vorhaben, das die Vorlage mehrerer Dokumente und eine Reihe langer Telefonate mit der zuständigen Behörde erfordert. Beispiele hierfür sind u.A. eine Terminvereinbarung im Bürgeramt oder die Benutzung der Dienste der Deutschen Bahn und Deutscher Post. Die Notwendigkeit, die Digitalisierung voranzutreiben und veraltete Verwaltungsabläufe grundlegend zu überarbeiten, ist unter Zuwanderern und Einheimischen gleichermaßen bekannt, und doch geht sie kaum voran. Deutschland war schon immer stolz auf sein Organisationstalent und sieht heute nicht die Notwendigkeit, Prozesse zu überdenken, die ja einigermaßen immer noch funktionieren. Gleichzeitig ist zu beobachten, wie diese Prozesse von Jahr zu Jahr unzureichender werden. Die Ursachen für die aktuelle Krise der Deutschen Bahn oder das Debakel der Berliner Kommunalwahlen 2021 sind zwar vielschichtig, aber lassen sich zum großen Teil der inadäquaten Verwaltung abzuleiten.

Die zunehmenden Unzulänglichkeiten der deutschen Verwaltung sind für die Migrantische-Communities nicht nur deutlicher sichtbar, sondern treffen sie auch am stärksten. Sich zwischen den örtlichen Vorschriften und Verwaltungseinrichtungen so verloren zu fühlen, dass man schließlich jegliche Versuche aufgibt, ist ein oft zitiertes Element der Migrationserfahrungen überall auf der Welt. Viele der Probleme, die in den Workshops von Includate und der Interkulturellen Anlaufstelle angesprochen wurden, können nicht ohne einige überfällige Reformen auf Bundesebene gelöst werden, die den Rahmen dieser Analyse überschreiten würden.

Migrant:innenselbstorganisationen in Berlin weisen insbesondere auf die Überforderung der kommunalen Verwaltung hin. Das gesamte System ist sehr unflexibel und die Zuständigkeiten sind auf verschiedene Stellen verteilt. Das hat zur Folge, dass selbst wenn ein Problem festgestellt, oder ein Vorschlag aus der Zivilgesellschaft gemacht wird, dies in der Regel auf ein Gefühl der Hilflosigkeit seitens der Lokalpolitiker und anderer, theoretisch zuständiger Parteien, stößt.

Ein großes Problem ist der Mangel an Übersetzungen: Natürlich ist Deutsch die einzige Amtssprache in Berlin, doch um den EU-Vorschriften über die Freizügigkeit und den Unionweiten Zugang zum Arbeitsmarkt gerecht zu werden, sollten alle arbeits-, renten- und versicherungsrechtlichen Dokumente zumindest in einige der lokal am häufigsten gesprochenen EU-Sprachen übersetzt werden.

In Berlin ist es ausdrücklich erlaubt (und manchmal erwartet), dass Migrant:innen mit ihren übersetzenden Freund:innen zu Terminen im Bürgeramt oder der Agentur für Arbeit kommen. Migrantische Facebook- und Telegram-Gruppen in Berlin sind voll von Beiträgen von Menschen, die um Hilfe bitten: Sie sind gerade angekommen, sprechen kaum Deutsch, haben noch keine zweisprachigen Freunde und müssen einen Termin wahrnehmen, um ihren Aufenthalt vollständig zu legalisieren. Es findet sich immer jemand, der seine Hilfe anbietet. Es muss betont werden, dass zumindest im Fall der EU-Migrant:innen diese Freiwilligen unentgeltlich eine Arbeit leisten, die ausdrücklich zu den Aufgaben des Staates gehört. Es scheint, dass sich die Stadtverwaltung inzwischen zu sehr auf die informellen Netzwerke und die Solidarität unter den Migrierenden verlässt, und zu oft von ihnen erwartet, dass sie unbezahlte Arbeit füreinander leisten. Auch Migrant:innenorganisationen und Leader werden häufig um ihr Fachwissen oder ihre Mitwirkung gebeten, in der Annahme, dass sie diese Tätigkeit als eine Belohnung in sich selbst betrachten.

Staatliche Funktionäre der unteren und mittleren Ebene kennen die spezifischen Gesetze, die für in Deutschland lebende und arbeitende EU-Bürger gelten, weitgehend nicht. Dies führt dazu, dass viele Anträge abgelehnt oder nicht zufriedenstellend bearbeitet werden. Mitarbeitende verschiedener Sozialberatungsstellen für Migrant:innen in Berlin berichten von der mangelnden Kooperationsbereitschaft verschiedener Verwaltungsebenen, auch oder gerade dann, wenn diese einen Fehler gemacht haben.

Menschen aus Osteuropa werden oft als "unsichtbare" oder sogar "ideale" Migrierende betrachtet: Sie stechen nicht aus der Masse heraus und neigen dazu, sich schnell zu integrieren. Auf struktureller Ebene führt dies dazu, dass sie in sozialen Sensibilisierungskampagnen und anderen staatlichen Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und zur Erleichterung der Integration oft vergessen werden. Sie sind zu fremd, um gleich behandelt zu werden wie die einheimische Bevölkerung, und doch nicht fremd genug, um gefördert zu werden. Es scheint auch die Annahme zu herrschen, dass sie früher oder später in ihre Herkunftsländer zurückkehren werden - was natürlich nicht immer der Fall ist.

Ein weiteres großes Problem ist das der fehlenden Vertretung. Infolge einiger der oben genannten Umstände wissen die Leader der Communities nicht, an wen und wie sie ihre Anliegen vorbringen können. Gleichzeitig haben die Vertreter der kommunalen Strukturen Schwierigkeiten, Ansprechpartner in den Ost-EU-Gemeinden zu finden, wenn sie sie brauchen. Als Teil des deutschen Systems sollen große Organisationen wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände oder Kirchen die migrantische Communities auch gegenüber dem Staat oder dem Markt vertreten. In Wirklichkeit sind diese Organisationen zu groß und zu festgefahren, um angemessen auf die sich verändernden Strukturen der Erwerbsbevölkerung zu reagieren, und nicht immer bereit, nicht-deutsche Mitglieder mit ihren abweichenden Standpunkten zu akzeptieren. Gegenwärtig fungieren diese großen Organisationen häufig als "Torwächter", die das Aufkommen von migrantisch Leader und Organisationen blockieren, indem sie Räume besetzen, die eigentlich von Migrant:innen selbst besser besetzt sein sollten.

Einigen osteuropäischen Gemeinschaften fehlt es an physischen Räumen, in denen sie sich zu sozialen, gemeinschaftlichen oder sogar kulturellen Zwecken treffen könnten. Die Migrationserfahrung kann durch die fehlende Unterstützung einer bereits etablierten Gemeinschaft noch verschlimmert werden, da die Migrant:innen sich in einer unbekanntem Umgebung zurechtfinden müssen.

Nicht zuletzt können nicht alle Probleme der EU-Gemeinschaften innerhalb der EU von einzelnen Mitgliedstaaten gelöst werden; einige (wie die Krankenversicherung oder die Renten von Menschen, die im Laufe ihres Lebens in mehr als einem Mitgliedstaat gearbeitet haben) erfordern die Zusammenarbeit der gesamten Union. Gegenwärtig scheint es keine Einrichtungen zu geben, die sich auf den höheren Ebenen der europäischen Verwaltung für die Interessen dieser Gruppe einsetzen. Außerdem gibt es weder zwischen den einzelnen Staaten noch zwischen ihnen und den EU-Strukturen wirksame Kommunikationskanäle in dieser Hinsicht.

2 GESELLSCHAFTLICH

Deutschland hat ein großes Rassismusproblem, das nicht so sehr aus struktureller oder persönlicher Bosheit resultiert, sondern aus dem Unwillen, dessen Existenz anzuerkennen. Es scheint ein Konsens in der deutschen Gesellschaft zu bestehen, dass nur Nazis rassistisch sein können - und in Deutschland ist ja niemand mehr ein Nazi (siehe: Moshtari Hilal, Sinthujan Varatharajan, English in Berlin, 2022). Dies führt zu einer Reihe von oft versteckten und beiläufigen Diskriminierungen auch gegenüber Menschen gleicher Hautfarbe, auch wenn die Situation sich langsam verändert - seit 2022 führt die Bundesintegrationsbeauftragte eine Untersuchung über die Diskriminierung von Menschen aus Osteuropa auf dem deutschen Arbeitsmarkt durch (siehe: Erica Zingher, Täter, Opfer, Twitterer, TAZ, 2021).

Es ist allgemein bekannt, dass Arbeitgeber und Vermieter Personen mit ausländisch klingenden Nachnamen seltener zu Vorstellungsgesprächen oder Wohnungsbesichtigungen einladen. Menschen mit osteuropäischen Nachnamen sind da keine Ausnahme. Die Ursachen hierfür sind sicherlich komplex, aber es ist klar, dass einige Maßnahmen erforderlich sind, um diese Vorurteile abzubauen (siehe: Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Ethnie Testing Wohnungvermietung).

Aufgrund der Art der Zuwanderung aus Osteuropa nach Deutschland in den letzten Jahrzehnten neigen Mitglieder dieser Gemeinschaften dazu, als weniger qualifiziert, weniger intelligent oder weniger fähig betrachtet zu werden. Dies führt zu einem Teufelskreis, wenn diese Menschen in Jobs festsitzen, die deutlich unter ihren Qualifikationen liegen, selbst jetzt, wo ein großer Teil (39,1 %) der in Berlin ankommenden Osteuropäer qualifizierte und hochqualifizierte Fachkräfte sind (Minor-Kontor, Prakär in Berlin, 2019). Damit verbunden ist eine allgemeine Abneigung gegen "Armutsmigration" mit der Ansicht, dass die meisten Polen, Ungarn, Bulgaren usw. nur nach Deutschland kommen, um von dem robusten sozialen Unterstützungssystem zu profitieren. Untersuchungen zeigen, dass Angehörige dieser Gruppen zwar tendenziell etwas mehr staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen als der deutsche Durchschnitt (8,4 %), aber bei weitem nicht die Mehrheit bilden. (Minor-Kontor, Prakär in Berlin)

An dieser Stelle muss auf die weitaus größeren Vorurteile und negativen oder geradezu feindseligen Einstellungen gegenüber der Roma-Bevölkerung hingewiesen werden: Viele, wenn nicht sogar die meisten Mitglieder dieser Gemeinschaft haben auch die osteuropäische Staatsbürgerschaft und sind daher auch Gegenstand dieser Analyse.

Zwischen der von der Regierung proklamierten "Willkommenskultur" und der tatsächlichen Einstellung der Bevölkerung besteht eine erhebliche Diskrepanz, und in den multikulturellen "Migrationsvierteln" der Innenstadt sieht es alles anders aus als in den Vororten. Die Menschen aus Osteuropa leiden grundsätzlich unter einer Art "schlechter PR". Es scheint an Bewusstsein oder geeignetem politischem Marketing zu mangeln, denn viele Deutsche Bürger, aber auch Politiker:innen scheinen die Ost-EU als viel fremder zu empfinden, als sie tatsächlich ist. Angesichts der geografischen Nähe und der langen gemeinsamen Geschichte ist es ziemlich verwirrend.

Ein weiteres großes Problem sind die kulturellen Unterschiede, auch wenn sie nicht annähernd so groß sind, wie viele es zu glauben scheinen, und vor allem aus der jüngsten Geschichte resultieren. Deutschland ist eine reife Demokratie, in der die Bevölkerung ein überwältigendes Vertrauen in Politik und öffentliche Institutionen hat. Das ist in Osteuropa ganz und gar nicht der Fall. Bis Anfang der 1990er Jahre befand sich diese Region noch im Einflussbereich der Sowjetunion, die eine korrupte und ineffektive Verwaltung und einen totalitären Staatsapparat mit sich brachte, zusammen mit Politiker:innen die eher den Interessen eines ausländischen Unterdrückers als denen ihres eigenen Landes dienten. Der Übergang zu einem egalitären und demokratischen System war langwierig, oft stürmisch und immer belastend für die Zivilbevölkerung. In einigen postsowjetischen Ländern ist der Prozess bis heute noch nicht ganz abgeschlossen; in einigen anderen hat er im letzten Jahrzehnt erhebliche Rückschläge erlitten. Viele der jungen Migrant:innen, die in den letzten Jahren nach Berlin kamen, insbesondere aus Polen oder Ungarn, können fast als politische Flüchtlinge angesehen werden.

Diese jüngeren Generationen sind immer noch daran gewöhnt, die staatlichen Institutionen als repressiv zu betrachten und als etwas, das den einfachen Bürgern eher zu schaden versucht, als zu helfen. Da sie mit dieser Art von Einstellungen sozialisiert wurden, neigen Menschen aus Osteuropa dazu, gegenüber staatlichen Strukturen und Initiativen misstrauisch zu sein - selbst denen, die speziell zu ihrer Unterstützung eingerichtet wurden. Sie verlassen sich eher auf sich selbst oder auf informelle Unterstützung aus ihren eigenen Netzwerken. Diejenigen, die lokalen Unterstützungs- und Partizipationsangebote zu benutzen versuchen, werden in der Regel von der Erfahrung nur verwirrt. Die bestehenden Angebote sind komplex strukturiert und scheinen auf den ersten Blick undurchdringlich selbst für Menschen, die sich mit der deutschen Demokratie besser auskennen. Zudem wissen Migrant:innen grundsätzlich nicht, mit wem und wie sie sprechen sollen, und welche Ergebnisse sie erwarten können, da ihnen jene Art von politischer Bildung fehlt, die in Deutschland gang und gäbe ist, und in den "neuen EU-Staaten" erst jetzt entsteht.

A large, stylized number '2' is rendered in a dark olive green color. The '2' is composed of thick, rounded strokes. The top part is a semi-circle, the middle is a diagonal line, and the bottom is a horizontal bar. The number is positioned on the right side of the page, partially overlapping the text area.

AKTIONEN und ZIELE,
wie von den Gemeinschaften vorgeschlagen

EINFÜHRUNG ZUM KAPITEL 02

Dem Gerichtshof der Europäischen Union zufolge "verietet der Grundsatz der Nichtdiskriminierung nicht nur die unmittelbare Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, sondern auch alle mittelbaren Formen der Diskriminierung, die durch die Anwendung anderer Unterscheidungskriterien faktisch zu demselben Ergebnis führen". In diesem Schreiben argumentieren wir, dass die Stadtverwaltung, solange sie EU-Bürger nicht vollständig in die bestehenden Mechanismen der Zivilgesellschaft integriert, zu deren mittelbarer Diskriminierung beiträgt. Außerdem schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, die ergriffen werden können und sollten, um eine solche Situation zu vermeiden.

Ende 2023 bildeten die drei früher erwähnten Gruppen (polnische, ungarische und rumänische Migrant:innenorganisationen in Berlin) eine informelle "Ostallianz". Wir trafen uns zu einem Workshop, der von dem in Berlin geförderten Projekt "Interkulturelle Anlauf- und Beratungsstelle für Migrant*innen" organisiert wurde. Die obige Analyse und die nachstehenden Empfehlungen sind das Ergebnis einer synergetischen Zusammenarbeit dieses, und des Includate Projekts, und wurden auf eine demokratische, partizipative und inklusive Weise entwickelt.

Während unseres Workshops konzentrierten wir uns speziell auf die osteuropäischen Gemeinschaften in Berlin und verwendeten die Problembaum-Methode, um die strukturellen und gesellschaftlichen Vorurteile gegenüber unseren Gemeinschaften zu identifizieren. Anschließend versuchten wir herauszufinden, was geschehen müsste, damit sie ihre Interessen wirksam artikulieren können und diese von Politik und Verwaltung in Berlin berücksichtigt werden.

Die aus unserer Diskussion resultierenden grassroots-Empfehlungen haben wir auf den folgenden Seiten in drei Hauptziele gruppiert, für die wir wiederum eine Reihe von notwendigen Maßnahmen identifizieren:

3.1: Etablierung eines Raums für den Dialog mit den (Ost-)EU-Gemeinschaften

3.2: Abbau von strukturellen Hürden

3.3: Individueller Empowerment

1. Erstes Ziel: Etablierung eines Raums für den Dialog mit den Ost-EU-Gemeinschaften

Derzeit gibt es in Berlin nur eine gut aufgestellte Organisation der Osteuropäer: den Polnischen Sozialrat e.V. Dadurch, dass dieser Verein bereits über einige Ressourcen und genügend Know-how verfügt, hat er es geschafft, eine Gruppe von Fachleuten zusammenzubringen und dieses Dokument vorzubereiten, um einen Querschnitt der Migrierenden aus unserer Region zu repräsentieren.

Der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit und einem besseren Zugang zu Entscheidungsträgern war ein wiederkehrendes Thema während unseres Workshops und unserer Treffen. Darauf basierend möchten wir die Idee vorbringen, dass die Stärkung der osteuropäischen Organisationen in Berlin sowie die Etablierung von Räumen für den Austausch mit ihnen der schnellste Weg wäre, die EU-Bürger vollständig in die bestehenden Mechanismen der Berliner Zivilgesellschaft zu integrieren.

Arbeit in Jobs, die deutlich unter eigenen Qualifikationen liegen, ist ein weit verbreitetes Problem in den migrantischen Gemeinschaften überall. Aufgrund der kulturellen Nähe und der günstigen europäischen Rahmenbedingungen wäre es jedoch besonders einfach, dieses latente Potenzial der Europäer in Berlin zu nutzen. Dazu bedarf es aber etablierter Räume und Formate, in denen ihre Expertise zum Ausdruck kommt und gehört wird. Dies wird auch den anderen migrantischen Gemeinschaften und der deutschen Gesellschaft insgesamt zugute kommen: Wie bereits betont, sind die meisten Probleme, mit denen die Ost-EU-Communities in Berlin konfrontiert sind, nicht nur auf sie beschränkt.

17

In einem nächsten Schritt sollten Akademiker und Forscher, die im breitesten Sinne mit Osteuropa zu tun haben oder selbst aus der Region stammen, in die Aktivitäten des Netzwerks einbezogen werden.

Vorgeschlagene Maßnahmen:

- 1. Etablierung eines dauerhaften Austauschs zwischen den Kommunen, Organisationen, Verwaltung und Politik:** ein Jour Fixe mit Vertretenden der Ost-EU-Communities, des Berliner Senats, der Bezirke und relevanter Bundesakteure. Ein jährlicher Runder Tisch, der rotierend von den Migrant:innenorganisationen geleitet wird, könnte auch umgesetzt werden. Insbesondere die Einbeziehung bestehender Roma-Organisationen (z.B. RomaniPhen) bzw. die Unterstützung neu gegründeter Organisationen ist hier von Bedeutung.
- 2. Zugang und Mitspracherechte in politischen und administrativen Gremien,** wie dem Berliner Senat oder der Bundesagentur für Arbeit. Einführung einer (symbolischen, d.h. kleinen) Quote für EU-Gemeinschaften in den bestehenden Migrant:innengremien (z.B. Migrationsbeirat).
- 3. Errichten von Räumen, in denen sich EU-Migrant:innenorganisationen** treffen, austauschen und gemeinsam Stellungnahmen, Aktionen und Empfehlungen erarbeiten können. Gemeinsame Strategien und Social-Media-Accounts.
- 4. Einbeziehung von Akademikern und Forschern** in die neu geschaffenen Räume und Netzwerke

2. Zweites Ziel: Abbau von strukturellen Hürden

Dieses Ziel ist vielleicht das unkomplizierteste der drei, die in diesem Dokument vorgeschlagenen werden: Das Einzige, was erforderlich ist, um die vorgeschlagenen Maßnahmen zu verwirklichen, eine Entscheidung einer zuständigen kommunalen (oder föderalen) Verwaltungsebene wäre. Die Autor:innen sind sich zwar bewusst, dass die Realität viel komplexer ist, möchten hier aber nochmal betonen, dass die folgenden Maßnahmen lediglich eine tatsächliche und vollständige Umsetzung der bestehenden europäischen Rechtsvorschriften zur Freizügigkeit von EU-Bürgern darstellen.

1. Eine in der Kommunalgesetzgebung verankerte Verpflichtung, dass alle relevanten Behörden ihre Formulare, Dokumente und Online-Dienste in den meistgesprochenen Sprachen der Stadt zur Verfügung zu stellen müssen: eine Maßnahme, die z.B. in der Stadt New York bereits angewandt ist. Die vier am häufigsten gesprochenen EU-Sprachen in Berlin sind, in dieser Reihenfolge: Polnisch, Italienisch, Bulgarisch und Rumänisch (Gizem Ünsal, Europäische Zugewanderte in Berlin, Minor-Kontor, 2023). Wir würden auch die Einbeziehung der fünften EU-Sprache in Berlin empfehlen: Französisch, da dies sehr hilfreich auch für viele der afrikanischen Communities wäre. Wir würden auch dringend dazu raten, Türkisch ebenfalls einzubeziehen, da es nicht nur die am häufigsten gesprochene Fremdsprache überhaupt in der deutschen Hauptstadt ist, sondern auch die Landessprache eines wichtigen EU-Beitrittskandidaten.

2. **Einrichtung von Schulungsprogrammen für die Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung, um sie auf den angemessenen Umgang mit den Fällen von EU-Ausländern vorzubereiten.** Es hat sich gezeigt, dass viele Probleme von EU-Bürger:innen mit der örtlichen Verwaltung (insbesondere mit der Agentur für Arbeit) darauf zurückzuführen sind, dass die Sachbearbeitenden die geltenden Rechtsvorschriften nicht kennen. Beispiele sind die Ablehnung von Anträgen aufgrund einer Sprachbarriere oder die Weigerung, den Beschäftigungsstatus von Selbstständigen anzuerkennen (Mazurek, Szymańska, Socha, Ochrona i bezpieczeństwo socjalne obywateli Unii Europejskiej..., 2023)

3. Notwendig, aber unmöglich ohne entsprechende Maßnahmen auf Bündnissebene: **Digitalisierung aller öffentlichen Dienstleistungen und Verwaltungsprozesse**, um sie so einfach und zugänglich wie nur möglich für alle zu machen. Archaische Bürokratie abbauen, auf Apps und mobile Dienste setzen, endlich den Sprung ins digitale Zeitalter erzwingen. Schon jetzt sind so ungefähr alle westliche Zuwandernde, die nach Berlin kommen, verblüfft über die veralteten Standards, die in der deutschen Verwaltung herrschen.

3. Drittes Ziel: Individueller Empowerment

Die meisten osteuropäischen Migrant:innen kommen aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland: um gut bezahlte Arbeit zu finden und ihre finanzielle Situation zu verbessern. Dem Bedürfnis, Geld zu verdienen, werden zunächst alle anderen Bedürfnisse untergeordnet: sei es eine angemessene Unterkunft, das Erlernen der Landessprache oder das Streben nach gesellschaftlicher und politischer Teilhabe. Mangelnde Repräsentation und damit verbunden das Nicht-Vorhandensein positiver Vorbilder und Erfolgsgeschichten bedeutet, dass Migrant:innen selbst mit privilegiertem, europäischem Hintergrund in einem Kreislauf aus prekären Arbeitsplätzen und Bedingungen gefangen sind, manchmal über viele Generationen hinweg. Die Bemühungen der Regierung oder der Stadtverwaltung, Möglichkeiten anzubieten oder kostenlose Sprachkurse zu organisieren, werden vergeblich sein, wenn die Menschen, an die sich diese Angebote richten, nichts davon wissen oder sogar - völlig desinteressiert sind. Wenn sie keine Möglichkeit sehen, ihre Situation zu ändern, werden sie jegliche Versuche schnell aufgeben.

Das westliche Konzept der Repräsentation hat sich bisher bewährt: Um eine optimal funktionierende Gesellschaft zu erreichen, müssen wir eine Politik machen, die den Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder gerecht wird, und um eine solche Politik zu machen, müssen wir Vertretende der jeweiligen Gemeinschaften in den politischen Entscheidungsprozessen einbeziehen. Wenn man sich jedoch an Gruppen wendet, denen das Konzept der Repräsentation fremd ist und die nur vage über die Mechanismen einer reifen Demokratie Bescheid wissen, ist die Einführung von Migrantenquoten bei weitem nicht ausreichend.

Der übliche Fehler der Vertretungspolitik besteht darin, zu erwarten, dass sich die Vertreter von selbst finden. Dagegen sollten wir Mechanismen entwickeln, die es der Stadtverwaltung ermöglichen würden, sie auch zu rekrutieren. Damit würde ein positiver Kreislauf in Gang gesetzt: Sichtbarkeit erfolgreicher und aktiver Landsleute beweist den Mitgliedern ihrer Communities, dass diese Form des Erfolgs im Ausland nicht nur möglich, sondern auch erwünscht ist. Und um etwas begehrenswert zu machen, muss es nur mit einer Form von finanzieller Entlohnung - oder zumindest mit Prestige - verbunden sein.

Bei der Ansprache der osteuropäischen Gemeinschaften muss auch das Problem derer Unsichtbarkeit und ihrer gewissen Minderwertigkeitskomplexes angesprochen werden. Deutschland gehört bereits zur Avantgarde bei der Darstellung von Migrantengeschichten in der zeitgenössischen Kunst und in den Medien - doch diese richten sich in erster Linie an die einheimische Bevölkerung. Von hier aus muss nur noch ein kleiner Schritt unternommen werden, um Formate zu schaffen, die sich direkt an die Migrantengemeinschaften wenden - um ihnen bewusst zu machen, dass ihre Stimme und Perspektive erwünscht und gefragt ist.

Vorgeschlagene Maßnahmen:

1. **Aufsuchende "Rekrutierung" von Leadern aus migrantischen Communities.** Neue Rechte und Pflichten für die Integrationsbeauftragten: Sie sollen auch für die Identifizierung und Förderung motivierter Personen aus den Zielgemeinschaften zuständig sein. Den Beauftragten sollte zudem das Recht eingeräumt werden, kleine Zuschüsse oder Stipendien für die migrantische Leader und/oder Vereine zu gewähren, die wenig oder gar keinen bürokratischen Aufwand für sie erfordern. Alternativ: Einrichtung eines neuen Leitungsgremiums, das diese Aufgaben übernehmen würdet.

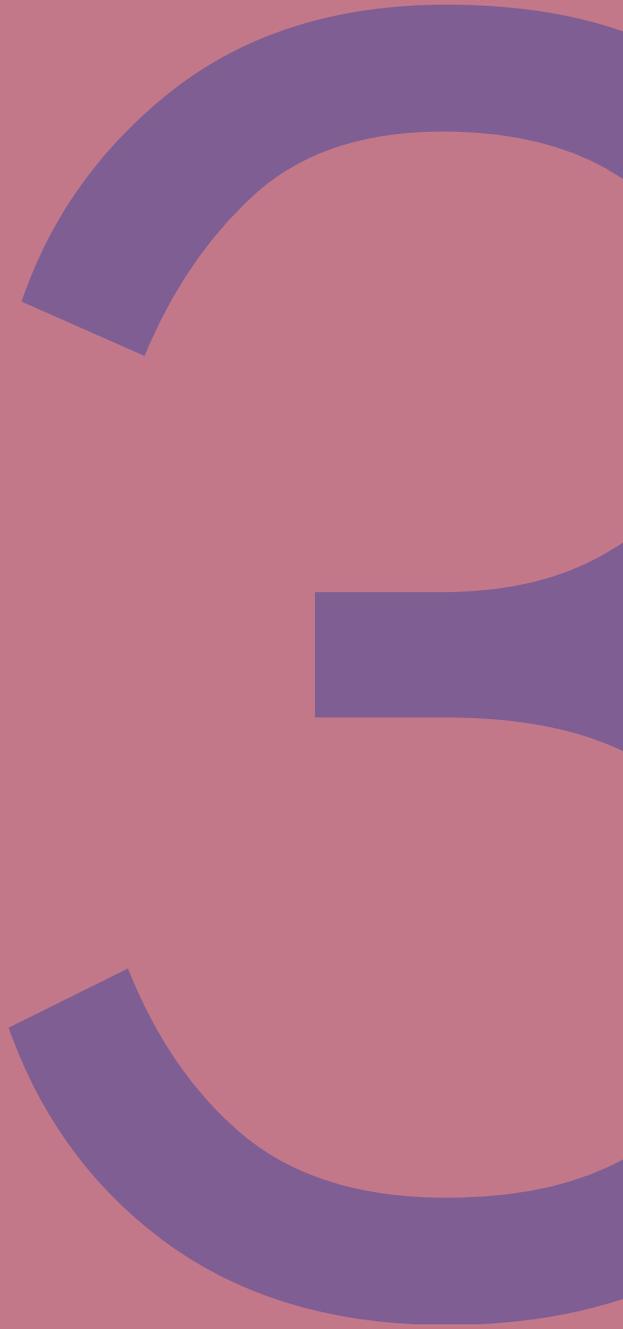
2. **Hervorhebung von (aktivistischen) Erfolgsgeschichten von EU-Migrant:innen;** Etablierung von Rollenmodellen, um anderen den Weg zu einem erfolgreichen Engagement zu zeigen. Ausbildungs- und Stipendienprogramme.

3. **Zweckgebundene Mittel** für Projekte, soziale Kampagnen, Veranstaltungen oder künstlerische Ausdrucksformen, die darauf ausgerichtet sind, die Osteuropäer zu ermächtigen, das öffentliche Bild Osteuropas zu verbessern und die gesamteuropäische Solidarität zu stärken.

4. **Konzentration auf bezahlte Vertretung statt auf Freiwillige;** Bereitstellung von Mitteln für Räume und Projekte.



UMSETZUNG



EINFÜHRUNG ZUM KAPITEL 03

Die Erfahrung zeigt, dass die Förderung der Zivilgesellschaft und die Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen staatlichen Unterstützung für Migrantenorganisationen oft zu positiven, auch wenn unerwarteten Ergebnissen führen. Während der Flüchtlingskrise 2015-2016 waren es die türkischen Vereine in Deutschland, die als erste ihre Ressourcen und praktische Hilfe für die Neuankömmlinge aus dem Nahen Osten angeboten haben. Das Gleiche passierte mit den polnischen Vereinen und den ukrainischen Geflüchteten im Jahre 2022.

Das Hauptziel dieses Konzepts besteht darin, **innerhalb von drei Jahren ein kompetentes und zuverlässiges Netzwerk von EU-Bürger:innen in Berlin/Deutschland aufzubauen. Ein Netzwerk, das in der Lage ist, schnell zu reagieren und eingehende Analysen in seinem Bereich zu liefern.**

Die Umsetzung dieses Aktionsplans ist bereits im Gange, und das erste greifbare Ergebnis war die Gründung der Ostallianz Berlin. Im Moment ist die Ostallianz nur ein informelles Netzwerk von drei polnischen, ungarischen und rumänischen Organisationen, aber mit der Zeit, den Bemühungen unsererseits und einer breiteren Unterstützung seitens der Stadtverwaltung, wird sie sich zu einer breiten und vielseitigen Plattform der EU-Bürger in Berlin entwickeln. Alles wie im Abschnitt "Aktionen und Ziele" dieses Schreibens beschrieben.

Die bisherigen Ergebnisse sind ganz organisch entstanden, jedoch waren sie nur durch den PSR e.V. mit den in den 40 Jahren ihres Bestehens angesammelten Ressourcen möglich. Unsere zukünftigen Partner haben wir bei den Vernetzungsveranstaltungen im Rahmen des Includate-Projekts kennengelernt, das wir seit 2020 gemeinsam mit fünf verschiedenen europäischen Organisationen leiten; dieses Projekt war es auch, das einen breiteren Rahmen bot und die Entwicklung dieses Schreibens überhaupt erst ermöglichte.

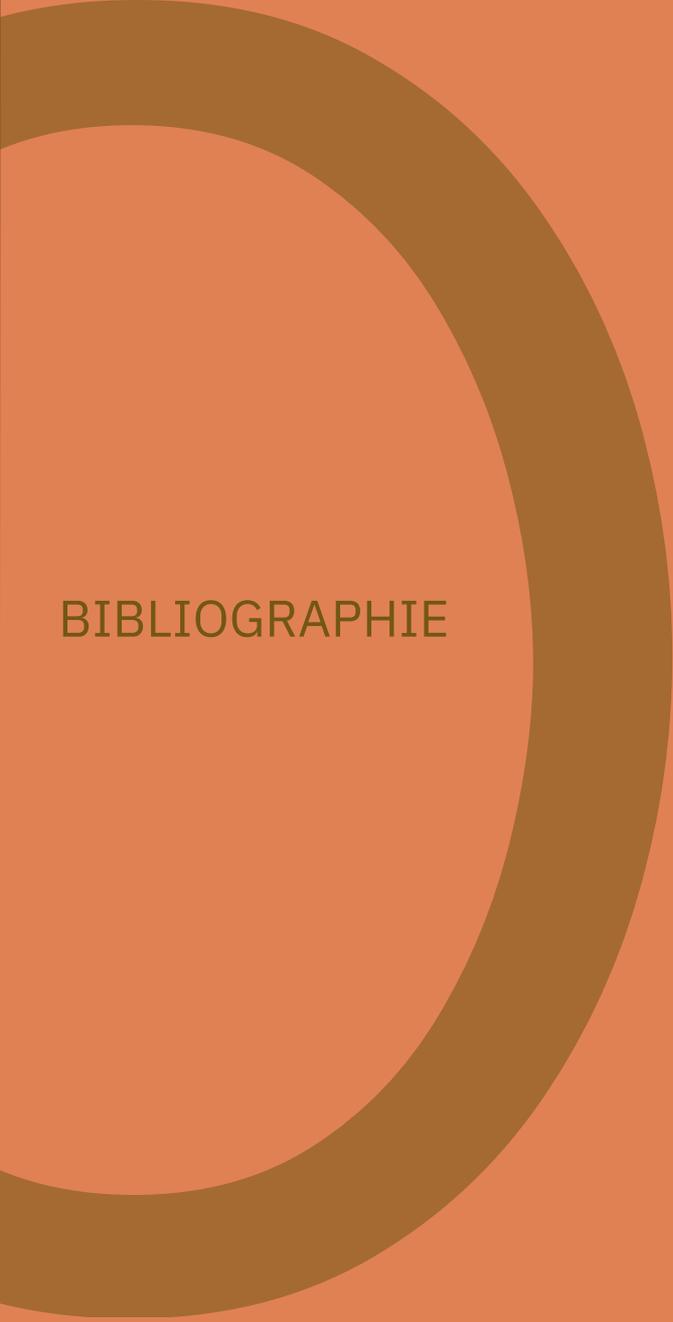
Zudem ermöglichten die vom kommunalen Projekt "Interkulturelle Anlauf- und Beratungsstelle" zur Verfügung gestellten Mittel die Organisation des Workshops und des Brainstormings, die diesem Aktionsplan die notwendige theoretische Grundlage und den nötigen Input gaben. Die Sitzungen der Ostallianz fanden im Büro der PSR e.V. statt. Die Mitglieder der Freien Ungarischen Botschaft und der Diaspora Civica Berlin nahmen, neben ihrer bezahlten Tätigkeiten, auf rein ehrenamtlicher Basis daran teil.

Angesichts der unentgeltlichen Leistungen, die viele unserer Mitglieder erbringen, möchten wir für unsere wichtige Arbeit anerkannt werden und wünschen uns eine finanzielle Entschädigung. So ist zum Beispiel die Sozialberatung in den Landessprachen sehr gefragt; sichtbar ist es an der großen Zahl der Anfragen, die jede Organisation erhält. Leider sind wir aufgrund materieller Beschränkungen oft nicht in der Lage, diesen Anfragen zu hintergehen. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitglieder der Diaspora-Gemeinschaft über physische und symbolische Räume verfügen, um sich zu treffen, um Ideen auszutauschen und kulturelle Aktivitäten durchzuführen. Diese Aktivitäten würden nicht nur unser Gemeinschaftsleben bereichern, sondern auch viele unserer in diesem Aktionsplan formulierten Ziele direkt umsetzen.

Die Treffen der Ostallianz finden nach wie vor in den Büroräumen der PSR statt; die beiden anderen Organisationen nutzen sie nun auch für ihre eigenen Tagungen. Wir haben unsere Ressourcen geteilt, indem wir die Mitglieder der ungarischen und rumänischen Verbände eingeladen haben, an den Auslandskonferenzen des Includate-Projekts teilzunehmen, und ihnen auch mit einigen bezahlten Möglichkeiten geholfen. Wir teilten unser Know-how und unsere Verbindungen, um sie in geplante Treffen mit Mitgliedern der Berliner Politik und Verwaltung einzubeziehen. Wir betonen dies alles nicht, um mit unseren Verdiensten zu prahlen, sondern um zu zeigen, dass die Ressourcen, die selbst einem Teil der Migrantengemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, sich mit dem richtigen Ansatz schnell ausbreiten, und außergewöhnliche Ergebnisse erzielen können.

Alle drei Organisationen haben bereits damit begonnen, an ihren jeweiligen Aktionen und Veranstaltungen teilzunehmen, um die Zusammenarbeit zu stärken und das gegenseitige Verständnis für unsere jeweiligen Gemeinschaften zu fördern. Die PSR plant bereits einen Workshop über politische Lobbyarbeit für die beiden anderen Mitglieder der Ostallianz, und alle drei Organisationen bemühen sich, Mitglieder anderer Ost-EU-Gemeinschaften zu finden und für unsere Allianz zu gewinnen.

In der Zwischenzeit bündeln die Mitglieder ihre Kräfte, um gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen für die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 zu organisieren. Ziel dieser Kampagne wird es sein, ihre osteuropäischen Mitbürger in Berlin zu mobilisieren und sich an der Wahl zu beteiligen - sei es für Deutschland oder in ihrem (ursprünglichen) Heimatland.

A large, thick, dark brown outline of the number 0, positioned on the left side of the page. The interior of the 0 is a solid light orange color, matching the background.

BIBLIOGRAPHIE

A large, thick, dark brown outline of the number 4, positioned on the right side of the page. The interior of the 4 is a solid light orange color, matching the background.

1. Moshtari Hilal, Sinthujan Varatharajan, English in Berlin, 2022
2. Erica Zingher, Täter, Opfer, Twitterer, TAZ, 2021 [online access 08.02.24: <https://taz.de/Antislawischer-Rassismus-in-Deutschland/!5758259/>]
3. Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Ethnie Testing Wohnungsvermittlung [online access 08.02.24: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelle-faelle/DE/Ethnie_Rassismus/Ethnie_Testing_Wohnungsvermittlung.html]
4. Gizem Ünsal, Europäische Zugewanderte in Berlin (2011-2021), Minor-Kontor 2023 [online access 08.02.24: <https://minor-kontor.de/europaeische-zugewanderte-in-berlin-2011-2021/>]
5. Christian Pfeffer-Hoffmann, Prekär in Berlin, Minor-Kontor 2019 [online access 08.02.24: <https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2019/04/Prekaer-in-Berlin-Minor-GAB.pdf>]
6. Dr Kamila Schöll-Mazurek, Joanna Szymańska, prof. Robert Socha, Ochrona i bezpieczeństwo socjalne obywateli Unii Europejskiej obywatelstwa polskiego na niemieckim rynku pracy przez polskie i niemieckie instytucje, (2023)
7. Centre of Migration Research (University of Warsaw), *Przewodnik tworzenia polityk włączających osoby z doświadczeniem migracji w życie miast*, CMR Spotlight, No 12, December 2022





Published 2023 by Polnischer Sozialrat e.V. in cooperation with Freie Ungarische Botschaft and Diaspora Civică (version 1.0)

The Programme was edited and published in the Frame of the Erasmus+ Strategic Partnership
Include - Educating for Inclusion - 2021-1-DE02-KA220-ADU000035355.

FREE OF CHARGE
PUBLICATION

Disclaimer

Erasmus Plus is financed by the European Union. The European Commission's support to produce this publication does not constitute an endorsement of the contents which reflect the views only of the authors, and the Commission cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein. The external links in the Programme are being provided as a convenience and for informational purposes only; they do not constitute an endorsement or an approval by the project partners of any of the products, services or opinions of the corporation or organisation or individual. The project team bears no responsibility for the accuracy, legality, or content of the external site or for that of subsequent links. Contact the external site for answers to questions regarding its content.



This publication is available under the Creative Commons licencing Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY-SA 4.0) (licence link: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.pl>)

